

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d



Inhalt

Dr. Peter Glotz MdB, Bundesgeschäftsführer der SPD, betont die Entschlossenheit der SPD, ausländischen Medien-Giganten den Griff auf die Kommunikation unseres Landes zu versperren: Gegen die Fremdbestimmung der Kultur.

Seite 1

Alwin Brück MdB, Mitglied der Europa-Kommission des Deutschen Bundestages, wendet sich gegen Pläne, die Abschaffung der Grenzkontrollen durch verstärkte Fahndungen im Binnenland "auszugleichen": Wein zu Polizeistaat-Methoden.

Seite 3

Hans Kolb MdL, Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag, und Karl-Theodor Engelhardt MdL, machen auf einen Umweltskandal in Bayern aufmerksam: Geschäfte mit strahlendem Stahl.

Seite 5

39. Jahrgang / 146

1. August 1984

Gegen die Fremdbestimmung von Kultur und Kommunikation

Zum Ministerpräsidenten-Entwurf für ein Konzept zur Neuordnung des Rundfunkwesens

Von Peter Glotz MdB

Bundesgeschäftsführer der SPD

Die Ministerpräsidenten der Länder befinden sich unter der Federführung von Lothar Späth und Klaus von Dohnanyi auf einem schotterigen, aber doch gangbaren Weg zu einer neuen Medienordnung für die 90er Jahre. Der Schlüssel zur Gemeinsamkeit ist die Einsicht, daß alle wichtigen Fragen in einen Staatsvertrag der Länder gegossen werden müssen. Wenn die Medien-Ultras der politischen Rechten die moderierende Arbeit von Späth (und übrigens auch Stoiber) nicht noch torpedieren, könnte die Bundesrepublik noch einmal die Chance bekommen, die Kommunikation in unserem Land vor Fremdbestimmung und Fremdkommerzialisierung zu bewahren.

Denn genau darum geht es: Können die deutschen Bürger, über ihre Parlamente, den Ordnungsrahmen für eine freie Kommunikation abstecken - oder entscheidet darüber, im Sinne des Ellbogenliberalismus, ein Konzernvorstand in Luxemburg, Texas oder sonstwo? Wenn die Deutschen sich noch ein, zwei Jahre Zeit zu luxuriösem Medienstreit lassen, belegen die Plätze in den Köpfen unserer Mitbürger die Stoßtruppführer eines Unternehmens namens "Coronet". Das ist kein Ufo, sondern ein amerikanisch-luxemburgischer Satellit neuer Art; aber wenn er auch nicht gerade ein Krisenkommando von einem anderen Stern bei uns absetzt, so kann er doch unter Umständen die Landesparlamente auch auf ihren ureigensten Gebieten endgültig entmündigen.

Der von Späth und Dohnanyi erarbeitete Kompromiß ist für die SPD in der vorliegenden Form kein Grund zum Jubeln. Er zwingt uns, das Prinzip der "inneren Pluralität" der einzelnen privaten Rundfunkveranstalter vor dem Verfas-

Verlag:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 1

Erwünscht: Original
mit vollständiger
Kontaktdaten



sungsgericht einzuklagen; er nötigt uns, komplizierte Kompromisse bei der zukünftigen Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Anstalten einzugehen und auch über die Verteilung der Satellitenkanäle kann man streiten, obwohl dort der Wille zum Kompromiß erkennbar wird. Aber immerhin zeigt das Späth/Dohnanyi-Papier erste Umriss einer tragfähigen Medienordnung der 90er Jahre.

Eins allerdings muß sich die politische Öffentlichkeit klarmachen: Die gutgemeinte Formel, derzufolge die Regierungschefs der Länder "erwarten", daß die zur Einspeisung herangeführten Rundfunkprogramme angemessene Anteile von Produktionen aus dem deutschsprachigen Raum enthalten, ist absolut unzureichend. Hier muß und wird die Sozialdemokratie mit Bewußtseinsarbeit ansetzen.

Es ist nicht akzeptabel, wenn eine angebliche "Vielfalt" von Fernsehprogrammen dadurch hergestellt wird, daß in neuen Programmen alte, längst amortisierte angelsächsische Filme abgenudelt werden. Im Kampf für eine Eigenproduktionsklausel wird sich die SPD von niemandem übertreffen lassen; und sie weiß dabei sowohl die Gewerkschaften als auch die filmtechnischen Betriebe als auch die Produzenten jeglicher Couleur hinter sich. Wir werden eine breite Koalition der Kreativen der selbständigen Programmproduzenten und der Arbeitnehmer gegen die Gefahr einer Dominanz der Filmeinkäufer organisieren.

Dabei werden wir durchaus realistisch vorgehen; man kann von privaten Veranstaltern nicht verlangen, daß sie mehr Eigenproduktion bringen als die öffentlich-rechtlichen Anstalten. Man wird vielleicht sogar den einen oder anderen Abstrich verantworten können; aber eins geht nicht: daß die Privaten ein paar kleine Prestige-Objekte in der aktuellen Politik oder beim Sport produzieren und sich im Übrigen auf die Archive verlassen. Dagegen werden wir mit aller Kraft mobilisieren.

Wobei dieser Kampf europäische Dimension hat; der französische Kulturpolitiker Jack Lang hat dazu die richtigen Stichworte gegeben. Die europäische Identität und die kulturelle Vielfalt des europäischen Kontinents ist durch hemmungslose Kommerzialisierung sowieso bedroht genug. Der Begriff "Überfremdung" ist in der deutschen Politik - beispielsweise in der Debatte um das Ausländerrecht - oft mißbraucht worden; hier kann er einen richtigen Sinn bekommen. Die SPD ist nicht bereit, die Kommunikation in unserem Lande von amerikanischen oder australischen Mediengiganten bestimmen zu lassen.

(-/1.8.1984/vo-he/rs)

+ + +



Bundesrepublik darf kein Polizeistaat werden

Die "Arbeitsgruppe Grenze" sollte ihre Arbeit sofort einstellen

Von Alwin Brück MdB

Mitglied der Europa-Kommission des Deutschen Bundestages

Daß man jetzt in der Regel ohne Anhalten - wenn auch nur im Schritt-Tempo - die Grenzübergänge zwischen Deutschland und Frankreich passieren kann, ist eine gute Sache. Vor allem für die Menschen in den Grenzregionen beider Staaten ist damit die Europäische Gemeinschaft nicht nur verbunden mit endlosen Diskussionen über Agrarüberschüsse und daraus resultierende Finanzprobleme, sondern Europa wird hier positiv erlebt. Das gilt auch für die Regionen an der deutsch-belgischen Grenze. Auch wer als Tourist aus dem Innern der genannten Staaten die Grenzen ohne große Kontrollen und deshalb ohne große Staus passieren kann, wird die Erleichterungen beim Grenzübergang als Wohltat empfinden.

Die Freude über die Erleichterungen beim Grenzübergang wird aber erheblich gedämpft, wenn nicht sogar ins Gegenteil verkehrt, wenn man in der Zeitung liest, daß die Konferenz der Länderinnenminister eine "Arbeitsgruppe Grenze" eingesetzt hat, die über die "Schaffung einer rechtlichen Möglichkeit zur fahndungsmäßigen Überprüfung ohne Verdacht im Binnenland" diskutieren soll.

Diese Arbeitsgruppe, die in der vergangenen Woche in Bonn zum ersten Mal tagte, soll nach Ersatz für die ausgefallenen Kontrollen an den Grenzen suchen. Begründung dafür: Europas Kriminelle sollen nicht von den Erleichterungen an den Grenzen profitieren.

Nun habe ich durchaus Verständnis für diejenigen, die für die öffentliche Sicherheit zuständig sind und sich Sorgen machen, daß durch die Öffnung der Grenzen auch einige Kriminelle weniger gefaßt werden, sei es nun die Gewerkschaft der Polizei oder seien es die Innenminister. Nur muß es hier wie überall in der Politik eine Güterabwägung geben. Alles hat seinen Preis. Mir scheint der Preis, den wir für die Teilüberwindung der Grenzen zwischen den europäischen Staaten dadurch zahlen, daß einige Kriminelle weniger festgenommen werden, erträglich.



Wer an überzogenen Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft deshalb festhalten will, weil man dadurch mehr Kriminelle festnehmen kann, der könnte ja vielleicht auf die Idee kommen, Paßkontrollen an den Grenzen zwischen den einzelnen Ländern der Bundesrepublik einzuführen. Das wäre sicher bei der Verbrechensbekämpfung noch effizienter als die Kontrollen an den Grenzen zwischen den EG-Mitgliedsstaaten. Aber sie würden die Bundesrepublik zum Polizeistaat machen. Um die Absurdität der Argumente, man brauche die Grenzkontrollen auch wegen der Verbrechensbekämpfung, noch deutlicher zu machen: Kontrollen an den Kreisgrenzen in der Bundesrepublik wären da noch effizienter...

Deshalb rücken auch Überlegungen, jetzt im Binnenland zusätzliche Kontrollmöglichkeiten als Ersatz für die Kontrollen an den Grenzen zu schaffen, in den Bereich des Absurden. Man stelle sich vor: Anstatt der Kontrollen an der deutsch-französischen Grenze wird man im Saarland, in Rheinland-Pfalz oder in Baden-Württemberg auf einer x-beliebigen Straße von einer fliegenden Streife des Bundesgrenzschutzes angehalten und nach dem Personalausweis oder dem Reisepaß gefragt. Das wäre nicht nur mehr Polizeistaat, sondern auch Sabotage an der mit der Erleichterung der Grenzkontrollen verbundenen guten Absicht, die europäische Einigung auch für die Bürger erlebbarer und sichtbarer zu machen. Schließlich fahren nicht alle Bürger der Bundesrepublik so oft über die Grenze zwischen der Bundesrepublik und anderen Mitgliedsstaaten der EG, daß sie von den Erleichterungen an der Grenze profitieren. Kontrollen im Binnenland würden aber alle treffen. Die Verärgerung darüber würde der europäischen Idee mehr schaden als die Erleichterung bei den Grenzkontrollen ihr nützen wird.

Deshalb sollte die "Arbeitsgruppe Grenze" ihre Arbeit sofort einstellen.

(-/1.8.1984/vo-he/rs)

+ + +



Bayerisches Recycling

Strahlender Stahl als Schrott verkauft und wiederverwertet

Von Hans Kolo MdL

Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag
und Karl-Theodor Engelhardt MdL

90 Prozent von 100 Tonnen kontaminierter (mit strahlenden Substanzen in Berührung gekommener) Stahlmasse, die aus dem Maschinenhaus des Kernkraftwerkes Gundremmingen stammt, wurde dem konventionellen Schrotthandel zugeführt und an Gießereien verkauft. Diese Information wurde auf der Jahrestagung "Kerntechnik '84" des Deutschen Atomforums e.V. gegeben. Die Kontamination war in der Stahlmasse "so verbreitet, daß eine umfassende Dekontamination beziehungsweise Beseitigung als radioaktiver Abfall unumgänglich war". Lediglich durch das Abpolieren der besonders kontaminierten Oberflächenteile wurde eine gewisse Absenkung der ursprünglichen Kontamination erreicht. Für diese kostengünstigere Lösung der Beseitigung radioaktiven Abfalls wurde eine erhöhte Strahlenbelastung des Personals hingenommen nach dem Muster, "die Strahlenbelastung des Personals ist dem voraussichtlichen Nutzen gegenüberzustellen".

Diese unglaublichen Vorgänge haben wir zum Gegenstand einer schriftlichen Anfrage im bayerischen Landtag gemacht. Wir wollen wissen, welche Behörde diesen radioaktiv verseuchten Stahl zum Verkauf freigegeben hat, obwohl die Gutachten über eine solche Beseitigung radioaktiven Abfalls - "Wiederverwertung" im konventionellen Bereich - offensichtlich noch gar nicht vorlagen. Oder sollte diese Art der Beseitigung gar durch die Stellungsgenehmigung des Kernkraftwerkes in Gundremmingen durch das bayerische Umweltministerium abgedeckt sein?

Wir wollen erfahren, zu welchen Ergebnissen die Gutachten über das Abpolieren kontaminierten Stahls gekommen sind. Bei diesem Verfahren wird die oberste, besonders stark strahlende Schicht des Stahls entfernt. Dabei kann eine Gefährdung des damit beschäftigten Arbeiters nicht ausgeschlossen werden. Eine Gefährdung ist auch nicht dadurch auszuschließen, daß man das radioaktive Metall durch Beimischung von "normalem" Schrott "verdünnt". Im Gegenteil: Das ist eine andere Variante der bereits eindeutig als falsch erkannten Politik der hohen Schornsteine. Problemstoffe lassen sich nicht aus der Welt schaffen, indem man sie nur verdünnt.



Wir haben auch unsere Zweifel, daß die Tatsache der Radioaktivität dieses Stahls allen Weiterverarbeitern bekannt gemacht wird. Den Schaden hat vor allem der Endverbraucher, der Bürger, der sich einen radioaktiven, zumindest "warmen" Stahlrohrsessel kauft, das Unternehmen das - ohne es zu wissen - Meßinstrumente oder Bauteile aus strahlendem Stahl einsetzt. Der Verbraucher wird sicher nicht mit einer Güteplakette "geprüft!", "radioaktiver Stahl!" darauf aufmerksam gemacht, was er sich da ins Haus holt.

Ist dieses Verfahren der Atomüllbeseitigung einmal eingeführt, dann sind die Folgen unübersehbar. Mit der gleichen Argumentation ließe sich nämlich rechtfertigen, daß kontaminierte Betonteile des Kernkraftwerkes Niederaichbach, das jetzt abgerissen werden soll, etwa als Straßenunterbau Verwendung finden. Auch wo die restlichen 2.400 Tonnen kontaminierten Stahls aus dem Gundremminger Maschinenhaus verblieben sind, wollen wir wissen.

Es geht nicht darum, Ängste zu erzeugen, doch betreibt die Staatsregierung eine verbale Verharmlosungsstrategie. Eine heile Scheinwirklichkeit wird erzeugt, die um eines geringfügigen finanziellen Vorteils beispielsweise die Arbeiter, die den kontaminierten Stahl abpolieren müssen, in Gefahr bringt und die in Kauf nimmt, daß gefährlichste Materialien in einen Produktionskreislauf eingespeist werden, in dem der Verbleib des radioaktiven Mülls schon binnen kurzen nicht mehr feststellbar ist. Unsere Umwelt ist in einem höchst bedenklichen Zustand. Deshalb muß alles unterlassen werden, was geeignet ist, die Umwelt und damit den Menschen weiter zu belasten. Die bayerische Staatsregierung sieht dagegen ihr höchstes Ziel darin, ständig neue Wege zu erfinden, um Unverträglichkeiten für die Umwelt zu vertuschen und zu verharmlosen. (-/1.8.1984/vo-he/rs)

+ + +

